

UnternehmensGrünJournal

UNTERNEHMENSGRÜN E.V. **BUNDESVERBAND DER GRÜNEN WIRTSCHAFT**

Ausgabe 1/2010



Juniorenfirmen Projekt S. 4

Zwischenstand und Berichte



Energiepolitik S. 6

Interview mit Margit Conrad



Bildungsverantwortung S. 10-11

Interview mit Prof. Dr. Nida-Rümelin

© Franz Pfluegl | Fotolia



Zum Thema Finanzen: „Notlage der Kommunal финанzen“, S. 3 und „Geld ist ein guter Diener, aber ein schlechter Herr“, S. 7

IN DIESER AUSGABE

Zehn Jahre EEG Dr. Nina Scheer	Seite 1
Die Energieallee A7 Martin Unfried	Seite 2
Notlage der Kommalfinanzen Jan Karsten Meier	Seite 3
Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften Bericht	Seite 4
Bildungsverantwortung Interview mit Prof. Dr. Nida-Rümelin	Seite 5
Auszubildende erlernen nachhaltige Kompetenzen am OSZ Stefan Marien	Seite 6
Geld ist ein guter Diener, aber ein schlechter Herr Ingo Scheulen	Seite 7
Hinweise und Termine	Seite 8
Berlintage, 22.-23. April 2010 Bericht	Seite 8
Grüne Lobbyisten Annett Nack-Warenycia	Seite 8
Energiepolitik Interview mit Margit Conrad	Seite 9
Umwelt-Wirtschaftsethik Tagungsbericht	Seite 10
Bestellformular	Seite 12

Zehn Jahre EEG



Dr. Nina Scheer

Als Markteinführungsprogramm für Erneuerbare Energien sollte das Gesetz mit dem Mittel der Abnahmepflicht regenerativer Energie und einer – degressiv ausgerichteten – garantierten Einspeisevergütung den Erneuerbaren Energien-Technologien zur Massenproduktion verhelfen. Dass dieses Gesetz eine Erfolgsstory ist, beweisen inzwischen nahezu 300.000 in der Erneuerbare-Energien-Branche entstandene und auf das Gesetz zurückzuführende Arbeitsplätze. Die Vergütungssätze sollten für Investitions- und Planungssicherheit sorgen.

Vor dem Hintergrund jahrzehntelanger Milliardensubventionen für fossile und atomare Energieträger bedurfte es eines gesetzlich garantierten Markteinstiegs Erneuerbarer Energien. Bis heute wird leider in der Frage der Marktfähigkeit verkannt, wie teuer das fossil-atomare Zeitalter unter Einrechnung von Fördergeldern und Verschönungssubventionen, aber auch unter außer Acht Lassung von Umweltfolgewirkungen eben solcher Energieträger ist.

Die Frage nach dem EEG von morgen ist somit nicht nur mit Blick auf die Erneuerbaren zu beantworten. Subventionieren wir weiter die herkömmlichen Energieträger, wie dies alleine schon mit der Verleugnung der ungelösten Endlagerfrage um Atommüll geschieht, so werden Erneuerbaren Energien Steine in den Weg gelegt, die sich auch ökonomisch auswirken. Der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in Deutschland liegt heute zwischen 16 und 18%. Die in den letzten Monaten viel zitierten Solarvergü-

tungen sind durch die genannten Effekte des EEG, sowie durch massive CO₂-Einsparung aber auch vermiedene Importe fossiler Rohstoffe volkswirtschaftlich bei weitem wieder „reingeholt“. Es ist dem EEG in seiner Funktion als „Beweisführung“ zu verdanken, dass inzwischen selbst die vier großen Energiekonzerne von einer zukünftigen Vollversorgung durch Erneuerbare Energien sprechen.

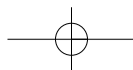
Das Gesetz hat aber noch Weiteres vollbracht: es hat weltweit Nachahmer gefunden, was mit Blick auf die dringend erforderliche globale Bekämpfung des Klimawandels und der sich zuspitzenden Ressourcenverknappung von besonderer Bedeutung ist. Der Nachahmeffekt erklärt uns, dass eine wesentliche Zielsetzung des Gesetzes, die Förderung von Dezentralität und regionaler Wertschöpfung, im Zeitalter der Globalisierung die Gesetze der Ökonomie offenbart und Geschichte schreiben kann! Und dies, obwohl – oder gerade weil – es sich nicht um eine internationale Vereinbarung handelt. Das EEG wurde in Deutschland geboren. Und hier brauchte man noch nicht einmal die Regierung; es waren die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die unter rot-grün ihren Wählerauftrag wörtlich nahmen.

Mit dem 10-jährigen Jubiläum des EEG gilt es einen Appell an unser Politik- und Staatsverständnis zu richten. Es gilt Realitäten anzuerkennen, die mit den Regeln der ökonomischen Vernunft, einem ethischen Selbstverständnis und Generationenverantwortlichkeit sowohl das Entstehen des EEG und dessen Erfolg plausibel werden lassen, als auch die Unumkehrbarkeit des Atomausstiegs vorgeben. Auch hier sollte das Parlament seine Verantwortung wahrnehmen – unter Anerkennung der Realitäten.

Dr. Nina Scheer
Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Impressum

Herausgeber: UnternehmensGrün e.V., Wielandstraße 17, 10629 Berlin, T 030/32599683, F 030/32599682, e-mail: info@unternehmensgruen.de, www.unternehmensgruen.de
Redaktion: Dr. Nina Scheer, Chefredakteurin, v.i.S.d.P. **Layout:** Ute Vogt, freelance project, Stuttgart **Redaktionsbeirat:** Bernd Faller, Andreas Buchner, Klaus Stähle **Druck:** Oktoberdruck, Berlin; gedruckt auf 100% Recyclingpapier
Erscheinungsweise: zwei Mal jährlich; **Preis im Jahresabonnement:** 20,- € zzgl. 5,00 € Versand, für Mitglieder kostenlos. Anzeigenpreisliste auf Anfrage, Abonnements nimmt der Herausgeber entgegen. Das Abonnement kann acht Wochen vor Jahresende abbestellt werden. Alle in unserer Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Der Inhalt darf ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers in keiner Form – weder durch Fotokopie, noch durch andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Datenverarbeitungsmaschinen verwendbare Sprache übertragen werden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann der Herausgeber keine Haftung übernehmen. **Bildnachweise:** © GRAFFITI; Joachim E. Roettgers; Franz Pfluegl/Fotolia; Alfred Steffen; UnternehmensGrün-Archiv; Birgit Ziemke.



Editorial

Die sommerliche, diesjährige Ausgabe steht im Zeichen der vielfältigen Betätigungs- und Themenfelder von UnternehmensGrün, wie sie sowohl unmittelbar als auch mittelbar mit ökologischen Wirtschaftsweisen in Zusammenhang stehen.

Seit dem ersten Juli wird das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt während der Aufbau- und Pilotprojektphase geförderte UnternehmensGrün-Projekt „Junioren auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ nun in Kooperation mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (UVM) weitergeführt. Bereits am 9. Juli wird hierbei im Umweltministerium in Stuttgart die sog. Gründungsveranstaltung, dem Start der zweiten baden-württembergischen „Junioren-Generation“, den Auftakt der Projektfortsetzung geben. Mit dem Projekt leistet UnternehmensGrün einen direkten Beitrag zur Verbreitung von Bildungsinhalten, wie sie ökologisches Wirtschaften fördern.

Mehrere Beiträge dieser Ausgabe betreffen die Kommunalwirtschaft, teilweise auch im Lichte umweltbezogener Verantwortungsebenen. Das Positionspapier von Jan Karsten Meier nimmt zur

„Notlage der Kommunalfinanzen“ Stellung. Die Vorstellung des Konzepts „Energieallee A7“ von Martin Unfried verdeutlicht beispielhaft, wie auf kommunaler und regionaler Ebene in Fragen der Energiegewinnung neue, auch ökonomisch reizvolle, Perspektiven entstehen. In Ergänzung der Länder-Perspektive nimmt Margit Conrad, Umweltministerin von Rheinland-Pfalz, im Rahmen eines Interviews ebenfalls zu energiepolitischen Fragen Stellung.

Und auch die in dieser Ausgabe dokumentierte – nunmehr sechste – Veranstaltung der UnternehmensGrün-Vortragsreihe „Umwelt-Wirtschaftsethik“, die in Kooperation mit EURO-SOLAR e.V. und der GLS Bank Berlin am 20. Juni in Berlin stattfand, widmete sich mit dem Referenten Dr. Peter Becker der kommunalen Ebene, „Kommunalwirtschaft und gesellschaftliche Verantwortung“, mit dem Fokus auf Energiewirtschaft und deren historische Entwicklung in Deutschland seit der Elektrifizierung Berlins. Die Veranstaltung schloss mit einer Lesung der Autoren Andreas Hoppe und Jacqueline Roussety aus ihrem Buch „Allein unter Guren – Mein abenteuerlicher Versuch, mich regional zu ernähren“.

In Form eines weiteren Interviews eröffnet Prof. Dr. Nida-Rümelin aus philosophischer Sicht Zusammenhänge zwischen Bildung und dem menschlichen Umgang mit der Umwelt und nicht-menschlichem Leben.

Auf die Finanzmarktkrise und deren Umweltrelevanz geht Ingo Scheulen, auch in Betrachtung politischer Lenkungsmöglichkeiten, ein.

Der von UnternehmensGrün bereits in der letzten Ausgabe des UnternehmensGrün Journals in Form des „Manifest(s): Der Ausstieg aus dem Ausstieg! Wir sagen Nein!“ verkündete Aufruf hält weiter an, vgl. den Hinweis auf Seite 7. Weitere Hinweise enthalten eine Terminübersicht folgender UnternehmensGrün-Veranstaltungen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Dr. Nina Scheer
Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Die Energieallee A7: Die Idee eines dezentralen Großprojektes

Die Idee ist einfach: die A7 ist die längste Nord-Süd Autobahn Deutschlands. Sie verbindet Länder und Landkreise von Flensburg bis Füssen von Norden nach Süden über fast 1.000 km. Warum diese Trasse, die bereits von Infrastruktur vorbelastet ist, die in der Regel weit ab von Wohnbebauung liegt, nicht strukturell für Erneuerbare nutzbar machen. Konkret: Links und rechts der Autobahn durch gezielte Regionalplanung Standorte für Windmühlen, Solaranlagen oder Biogasanlagen ausweisen und zusammen als Großkraftwerk kommunizieren, als die „Energieallee A7“. Dies wäre ein nationales Großprojekt, ein Leuchtturm der Erneuerbaren, der allerdings dezentral finanziert und geplant werden könnte. Eine erste Analyse der Windpotentiale hat bereits gezeigt, dass beispielsweise über 1.200 Standorte in Frage kommen.

Dahinter steckt der Versuch, die Blockaden in der Raumplanung zu knacken. Wegen restriktiver Planung kommt vor allem in den südlichen Ländern der Republik die Windenergie kaum voran. Zum anderen soll es der Start einer innovativen Kommunikationsoffensive für die Erneuerbaren in Deutschland sein. Wir müssen nämlich nicht unbedingt in die Wüste und auch nicht aufs Meer hinaus, wie die Medienberichterstattung häufig suggeriert.

Die Idee bedient sich dabei ganz bewusst der Autobahn. Diese ist bis heute in Deutschland für viele immer noch Symbol für Wohlstand, für wirtschaftliche Entwicklung und persönliche Freiheit. So unglaublich das unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Entwicklung klingt. Es spricht vieles dafür, dass die Erneuerbaren das Potential haben die Autobahn in diesem Sinne zu beerben. Was liegt da näher als Erneuerbare und Autobahn zusammen zu denken und diesen Prozess zu beschleunigen. Das ist die freche Aneignung und Umdeutung der Autobahn zum Symbol eines neuen erneuerbaren Zeitalters. Es ist das Denken jenseits der Schablonen. Die Autobahn wird multifunktional. Warum sollten es Autofahrer, oder der ADAC, nicht begrüßen, wenn durch diese neue Koalition das Auto und seine prominenteste Infrastruktur in Sachen Ökologie einmal Teil der Lösung und nicht des Problems sein könnte. Die passenden faszinierenden Bilder sind schnell gefunden. Da ist beispielsweise die Elektrotankstelle direkt an der Energieallee. Das Elektroauto der Zukunft tankt den Autobahnstrom direkt an der Raststätte. Und: Elektromobilität macht nur Sinn mit Erneuerbaren.

Dabei ist die Energieallee Großprojekt, dessen technische Voraussetzungen und finanzieller Rahmen heute gegeben sind. Ein Großprojekt, das eben keine Anschubfinanzierung aus dem Staatshaushalt nötig hat, sondern mit dem Rahmen des EEG seine Investoren finden kann. Ein Großprojekt, das vor allem durch seine Nord-Südtrasse auch mit dem notwendigen Netzausbau gekoppelt werden kann, dessen geographische Ausdehnung auch einer dezentralen Versorgung entgegen kommt und keine gigantische Infrastrukturvorleistung nötig hat. Auch das ist innovativ: dieser Gigant, der die Leistung mehrerer Atommeiler haben könnte, ist gedacht als echtes „Stadtwerke- und Bürgerkraftwerk“. Warum sollten nicht unzählige Bürger in den betreffenden Landkreisen Anteile an Windanlagen, Photovoltaik oder Biogas erwerben? So ist die Energieallee ein Angebot an die betreffenden Landkreise zur aktiven Regionalentwicklung. Bisher verband man im Ausland mit der deutschen Autobahn die Vorstellung uneingeschränkter Tempos. Warum sollen Amerikaner und Chinesen nicht an die deutsche A7 pilgern, um die längste Energieallee der Welt zu bewundern? Die Transformation der Autobahn zur Energieautobahn hat auch das Potential zum internationalen Symbol eines neuen Energiezeitalters.

Martin Unfried

Einen ausführlichen Artikel von Martin Unfried über das Projekt finden Sie in der Zeitschrift „Solarzeitalter – Politik, Kultur und Ökonomie Erneuerbarer Energien“ (2/2010) von EUROSOLAR e.V., unter dem Titel „Die Energieallee A 7: Größer Denken, offensiver Kommunizieren“.

Das Konzept ist abrufbar unter <http://www.eurosolar.de>



Martin Unfried schreibt regelmäßig zum Thema Kultur und Emotion der Ökologie in der Berliner taz und in der VCD Zeitschrift fairkehr. Er veröffentlicht seine Texte auch auf seiner Seite www.oekosex.eu.

Im Hauptberuf ist er Dozent für europäische Umweltpolitik am European Institute of Public Administration in Maastricht (NL).

Notlage der Kommunalfinanzen

Positionspapier von UnternehmensGrün



Jan-Karsten Meier

Die Notlage der Kommunalfinanzen ist für – vor allem kleine und mittlere – Unternehmen von erheblicher Bedeutung:

Zum einen fallen viele Kommunen in zunehmendem Umfang als Auftraggeber für örtliche mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe aus. Viele Infrastrukturmaßnahmen, energetische Sanierungen und Instandhaltungen können mangels Finanzkraft nur noch unzureichend durchgeführt werden, auch wenn diese eine kurz- oder mittelfristige Rendite und Nachhaltigkeit aufweisen. Mängel an öffentlicher Infrastruktur (Straßen, Schulen, Kinderbetreuung, Kulturangebote etc.) stellen negative Standortfaktoren für Gewerbeansiedlungen, – Erweiterungen oder – Verlagerungen dar. Die kommunalen Steuern und Beiträge (!) drohen in nächster Zeit überproportional zu wachsen und damit die Liquidität vieler Betriebe – zumal in den derzeitigen Krisenzeiten – zu belasten.

Viele Vorschläge aus dem politischen Raum, die insbesondere die Rolle des Bundes bei der Verursachung und Verstärkung durch Aufgabenausweitung betonen, gehen jedoch an wesentlichen Ursachen der Misere kommunaler Finanzen vorbei. Zum Beispiel würde eine Altschuldenhilfe des Bundes das Problem der gesamten öffentlichen Verschuldung nicht lösen, sondern lediglich das Schuldenproblem auf eine andere Ebene verlagern.

Eine Altschuldenhilfe müsste, sollte sie „gerecht“ sein, unterscheiden in „unverschuldete“ Defizite (z.B. durch drastische Einnahmeausfälle durch plötzliche regionale Strukturkrisen bei den Gewerbesteuerzahlern und gleichzeitige massenhafte Zunahme von Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Sozialkosten) und in „verschuldete“ Defizite. Sollte z.B. die Stadt Freiburg, deren Bürger sich gegen den Verkauf des städtischen Wohnungsbestandes zur Schuldentilgung aussprachen, vom Bund eine solche Schuldenhilfe erwarten können, während Dresden oder Düsseldorf sich auf diesem Wege von den Schulden befreit haben?

Eine nachhaltige Problemlösung durch den Gesetzgeber müsste an die Wurzel der kommunalen Selbstverwaltung heran und dabei helfen, die größten finanziellen Abenteuer von ehrenamtlichen „Feierabendpolitikern“ und schlecht qualifizierten Verwaltungen zu unterbinden. Denkbar wäre der gesetzliche Zwang, jede Entscheidung ab einer bestimmten Größenordnung durch eine Kommunalaufsicht mit erweiterten Rechten überprüfen zu lassen und den kommunalen Gremien den regelmäßigen Zugang zu Kompetenzzentren zu erleichtern.

Die Behauptung, dass die meisten Kommunen ihre Defizite selbst verursachten, ist in zahlreichen Fällen belegbar und kein Einzelfall, z. B. durch gravierende Fehlentscheidungen bei:

- **Cross-Border-Leasing-„Geschäften“,**
- **defizitärem Wetttrüsten bei Messegesellschaften und -Infrastruktur,**
- **defizitärem Betreiben von Flughäfen,**
- **Bau und Betrieb technisch und regional inkompatibler ÖPNV-Systeme (U-Bahn, S-Bahn, Tram mit verschiedenen Spurbreiten etc.),**
- **defizitären Spaßbädern,**
- **überteuerten und überdimensionierten Müllverbrennungsanlagen,**
- **überteuerten und überdimensionierten Abwasserbehandlungsanlagen,**
- **in's Blaue hinein gebauten Gewerbeparks ohne Nutzer,**
- **defizitärem Wetttrüsten bei Konzerthäusern,**
- **waghalsigen Bürgschaften und Finanzierungen von Sportstätten/Stadien auf Druck von kommerziellen Sportverbänden (DFB),**
- **Festhalten an überkommenen Klinikstrukturen,**
- **Fehlallokationen bei Rettungsdiensten, Feuerwehren und Katastrophenschutz,**
- **verschleppter Instandhaltung und Modernisierung des Immobilienbestandes,**
- **mangelhafter Vermarktung von Grundstücken und Immobilien,**
- **politisch motivierter Preisgestaltung bei kommunalen Gesellschaften und Einrichtungen (Wohnungsmieten, Eintrittspreise, etc.),**
- **Beibehalten von zu niedrigen Hebesätzen für Gewerbe- und Grundsteuer,**
- **zu langem Festhalten und zu schleppendem Übergang von der Kameralistik zur kaufmännischen Buchführung,**
- **überhöhten Personalbeständen in Verwaltung und kommunalen Gesellschaften,**
- **defensiver Handhabung der Konzessionsrechte (Versorger),**
- **Verweigerung von kommunalen Kooperationen und Zusammenschlüssen,**
- **mangelhafter Steuerung von kommunalen Gesellschaften und Sparkassen (ebenfalls im Zusammenhang mit dem Desaster der Landesbanken).**

Auf (defizitäre) Kommunen muss stärker eingewirkt werden, um die Kooperation mit Nachbarn zur Hebung von Synergien zu erzwingen. Notfalls ist eine erneute Gebietsreform von Städten und Kreisen geboten. Gebiete für sinnvolle Kooperationen wären z. B. gemeinsame Beschaffungen, Schulentwicklung, Feuerwehr/Katastrophenschutz, Genehmi-

gungsbehörden, interne Verwaltungsdienste, ÖPNV etc. Mischverwaltungen mit unklaren Zuständigkeiten sind zu vermeiden. Es ergibt z.B. keinen Sinn, Schul- oder Polizeigebäude im Eigentum der Kommune zu belassen, wenn die Nutzung und die Konzeption durch das Land erfolgt. Ein „Zwangsverkauf“ an das Land würde die Kommune sofort von Schulden befreien. Den Kommunen muss die Möglichkeit gegeben werden, über wirtschaftliche und wettbewerbsfähige Betätigung nachhaltige Erträge zu erzielen oder das Entstehen neuer Märkte zu fördern (vgl. entsprechendes Positionspapier von UnternehmensGrün). Stattdessen wurde z.B. in NRW diese Möglichkeit durch die CDU-FDP-Landesregierung aus ideologischen Gründen gezielt torpediert. Die Kommunen müssen zu einer aktiveren Gestaltung ihres Hebesatzrechtes bei Gewerbe- und Grundsteuer ermuntert werden. Die Gewerbesteuer sollte zu einer „Wertschöpfungssteuer“ ausgebaut werden und auch auf Freie Berufe und Selbständige ausgedehnt werden. Alternativ hierzu wäre auch ein Hebesatzrecht auf den kommunalen Anteil an der Einkommens- und Körperschaftssteuer denkbar. Der bis 2019 laufende „Solidarpakt“ kann nicht zu einem Ausbluten westdeutscher Städte mit hohen Defiziten führen. Hier wäre eine Kompensation überfällig.

Schließlich müssen die Kommunen gezwungen werden, ihren Personalbestand aktiver und kurzfristiger an ihre Aufgaben und an Effizienzkriterien anzupassen. Hierzu ist unbedingt an eine Anpassung des öffentlichen Tarifrechtes zu denken. Betriebsbedingte Kündigungen dürfen kein Tabu sein, wenn dadurch Defizite vermieden und kommunale Haushalte gesichert werden können. Im Vordergrund müssen stets die Bürger (als Steuer- und Gebührenzahler) stehen und nicht die Anzahl (und das Parteibuch) der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes! Wichtig wären hierzu zwangsweise regelmäßige Benchmarks mit anderen vergleichbaren Kommunen und der Privatwirtschaft.

Die Kameralistik als völlig untaugliches Instrument einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft ist umgehend (!) in allen (!) öffentlichen Körperschaften durch die „doppelte kaufmännische Buchführung“ und Bilanzierung nach IFRS/HGB zu ersetzen.

Nach Meinung von UnternehmensGrün ist eine Fokussierung des kommunalen Finanzproblems auf Bundeseinflüsse möglicherweise politisch opportun, dient jedoch nicht der nachhaltigen Beseitigung und der Vermeidung zukünftiger Defizite. Die vorstehenden Vorschläge sollen hierfür einen umfassenden und problemorientierten Beitrag leisten.

Jan-Karsten Meier
Vorstand UnternehmensGrün

Die Anti-Atom-Kampagne: WWW.100-GUTE-GRUENDE.DE

Arzt und Stromrebell
Dr. Michael Sladek

Jetzt aussteigen!

Sauberer Strom-fairer Preis!

Wechseln Sie zu sauberem Anti-Atomstrom:

Strom aus Erneuerbare Energien und klimaschonender, kommunaler Kraft-Wärme-Kopplung: der schnellste Weg in eine atomstromfreie Zukunft. Die EWS sind aus einer Bürgerinitiative entstanden, versorgen rund 90.000 Haushalts- und Gewerbekunden. Durch ihr Förderprogramm „Sonnencent“ konnten bereits 1.450 Kraftwerke in Bürgerhand entstehen. Das Engagement der Schönauer Energie-Initiativen wurde mit vielen Preisen wie dem Europäischen Solarpreis, dem Nuclear-Free-Future Award und dem Deutschen Gründerpreis ausgezeichnet.

Elektrizitätswerke Schönau
Vertriebs GmbH
Fon: 07673 - 88 85 - 0
www.ews-schoenau.de

atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Kooperierende Unternehmen in Baden-Württemberg



e.Konzept
Unternehmenspräsentationen



Baubiologische Beratungsstelle IBN

WERKSTATT FÜR HOLZGESTALTUNG

DIE EIBE

GÜNTHER BOSCH INH. AXEL RIEGER

RECYCLING



Gerold Weber Solartechnik 
Holzfeuerungen • Solarwärme • Solarstrom • Blockheizkraftwerke

Gerberstraße 11
77855 Achern-Mösbach
Tel. 0 78 41 / 60 149-0
www.GeroldWeberSolartechnik.de

neue energie

Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften

Seit dem 1. Juli 2010 in Kooperation mit dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (UVM) Baden-Württemberg

Das auf der Grundlage der Pilotprojekt-Förderung von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt unterstützte UnternehmensGrün-Projekt „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ erreicht eine weitere Stufe: Seit dem ersten Juli 2010 unterstützt das UVM Baden-Württemberg die Fortführung des Projekts, konzentriert auf Baden-Württemberg.

Das in der ökologisch ausgerichteten Berufsbildung verankerte Projekt fördert bei Schülern und Auszubildenden, sog. Junioren, unternehmerisches Denken und Handeln unter dem Leitbild nachhaltigen Wirtschaftens. Es vermittelt ihnen vor Berufseintritt ein Verständnis über die Vereinbarkeit von Wirtschaft, Umwelt und sozialer Gerechtigkeit. Das Projekt trägt dem Umstand Rechnung, dass die angesprochene Generation in besonderem Maße gefordert ist, ökonomische Prozesse nicht ohne ihre ökologische Relevanz zu betrachten.

Nachdem ca. 50 Junioren aus den Bundesländern Baden-Württemberg und Berlin nach erfolgreicher Projektteilnahme bei zehn Kooperationspartnern und den von UnternehmensGrün-Seite mit Hilfe ausgewählter Dozenten angebotenen Workshops teilnahmen, erhielten Sie im Sommer 2009 ihre „Nachhaltigkeitsqualifikation“ (vgl. den Bericht in der vorangegangenen Ausgabe, 2/2009, S. 4). Zwischenzeitlich, im Januar 2010, ging in Berlin die zweite „Junioren-Generation“ an den Start, in Kooperation mit dem Oberstufenzentrum für Bürowirtschaft und Dienstleistungen. Hier verläuft das Projekt in etwas abgewandelter Form, integriert in die von Seiten des Oberstufenzentrums vorgesehene Praktikumszeit. Damit verbrachten die Junioren in den Unternehmen konzentrierte Arbeitsphasen (statt wöchentlich zwischen zwei und vier Stunden). Ein weiterer Unterschied lag in der Reduktion der Anzahl der Junioren, wie sie auf ein Unternehmen verteilt wurden, womit das Projekt in Berlin den Namen „Junioren auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ trägt (vgl. den Beitrag von Stefan Marien, S. 6 in dieser Ausgabe).

Nun sehen eine Reihe in Baden-Württemberg hinzugekommene Unternehmen dem Start der zweiten Junioren-Generation entgegen. Zu diesen zählen (Stand 15. Juni 2010) ARIS GmbH (Wernau), e.Konzept (Wangen-Karsee),

Baugrund Süd (BadWurzach), LeaseRad GmbH (Freiburg), Regionalwert AG (Eichstetten am Kaiserstuhl), Baubiologie Steinki (Herrenberg), Die Eibe GmbH (Ochsenhausen), Günther Bosch Recycling (Leutkirch), Kohler natürlich einrichten GmbH&Co.KG (Erolzheim), Montanes GmbH (Karlsruhe) und Gerold Weber Solartechnik GmbH (Achern-Mösbach). Unter den kooperierenden Schulen sind bislang das

Salvatorkolleg (Bad Wurzach) und die Elise von König – Schule GHWRS (Stuttgart). Mit weiteren Schulen werden Gespräche geführt.



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND VERKEHR



UnternehmensGrün

Bundesverband der grünen Wirtschaft

Gründungsveranstaltung

Freitag, den 9. Juli 2010, 15 Uhr,
Umweltministerium
Baden-Württemberg,
Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart

Am 9. Juli 2010 um 15 Uhr sind alle Interessenten in das UVM Baden-Württemberg in Stuttgart herzlich eingeladen (nähere Informationen finden Sie auf unserer und der projekteigenen Homepage, vgl. auch die Terminübersicht in dieser Ausgabe), der Gründungsveranstaltung, dem Auftakt der zweiten Junioren-Generation, beizuwohnen. Nach Einführungen, sowohl von Seiten des UVM als auch von UnternehmensGrün, in denen auf Ausrichtung und Zielsetzung des Projektes eingegangen wird, stellen sich die Kooperationspartner und

Junioren vor. Anschließend absolvieren die Junioren bereits ihren ersten Workshop (Einführungsworkshop).

Mit diesem Start geht das bislang von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt begleitete Projekt in eine neue, nun durch das UVM Baden-Württemberg geförderte, Phase über. Aus dem Pilotprojekt (2008/2009) gewonnene Erfahrungen können hier bereits umgesetzt werden.

Weitere Informationen über das Projekt können Sie sowohl der UnternehmensGrün-Homepage: www.unternehmensgruen.de als auch der projekteigenen Homepage: www.nachhaltige-juniorenfirmen.de entnehmen.

gefördert durch



Junioren am Oberstufenzentrum Bürowirtschaft und Dienstleistungen

Einen weiteren Bericht zum Juniorenfirmenprojekt finden Sie auf Seite 6



Bildungsverantwortung

Interview mit Prof. Dr. Nida-Rümelin

Red: Ist der Umgang mit natürlichen Ressourcen, der Verlust von Biodiversität, Zeichen fehlender „kollektiver Identität“?

Nida-Rümelin: In unterschiedlichen Kulturen ist die Rücksichtnahme auf Ressourcen, aber auch auf nicht-menschliches Leben ganz unterschiedlich stark verankert. Das betrifft auch die Religionen. Strömungen des Christentums besagen eher: macht euch die Welt Untertan. Aber es gibt auch Minderheitenströmungen, die immer sehr stark auf Rücksichtnahmen gegenüber aller Kreatur Wert legten. So ist ganz interessant zu sehen, dass etwa in der schweizerischen Verfassung die „Würde der Kreatur“ und nicht die „Würde des Menschen“ enthalten ist. Und der indische Delegierte begründete bei der Befürwortung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Dezember 1948 seitens Indiens diese ebenfalls mit „all beings“ und nicht mit „all human beings“. Wir haben nun immerhin ein paar Jahrzehnte in unserem Kulturkreis hinter uns, in der die Wiederentdeckung der außer-menschlichen Natur eine Rolle gespielt hat und zunehmend zu einem Teil der normativen Verfasstheit der menschlichen Gemeinschaft geworden ist.

Red: Sehen Sie aus deutscher Perspektive in Art. 20a Grundgesetz, dem Staatsziel Umweltschutz, einen Schritt in diese Richtung, vielleicht in Ergänzung des Verständnisses der grundgesetzlichen Menschenwürdegarantie?

Nida-Rümelin: Ja, hierfür habe ich mich übrigens – u. a. als Sachverständiger bei der Anhörung des Deutschen Bundestages – eingesetzt. Und zwar genau aus dem Grund, dass das Grundgesetz ja letztlich den normativen Rahmen der Gesellschaft, aber auch speziell der Politik absteckt. In diesen normativen Rahmen gehören alle wesentlichen Werte und Regeln, nach denen wir die Gesellschaft organisieren. So ist es merkwürdig, dass bestimmte Teile einfach ausgeklammert blieben: Das Grundgesetz wurde bis dato anthropozentrisch interpretiert, was übrigens im Konflikt steht zur einfachen Gesetzgebung, etwa zum Tierschutzgesetz, wonach Tiere eben nicht als Sache zu behandeln sind.

Red: ... Das BGB hat da ja auch nachgezogen.

Nida-Rümelin: Und es gab immer Konflikte zwischen Forschungsfreiheit, Art. 5 Grundgesetz, und dem einfachgesetzlichen Tierschutz. Schon deswegen musste in meinen Augen das Grundgesetz um Art. 20a ergänzt werden.

Red: Ist der Umstand, dass Gesellschaften nicht hinreichend in der Lage sind, aus umweltrelevanten Fehlentscheidungen zu lernen bzw. entsprechende Richtungswechsel einzuschlagen – etwa den Klimawandel zu verhindern – ein Zeichen für Bildungsverfall bzw. Bildungsarmut?

Nida-Rümelin: Nach meinem Begriff von Bildung gehört zur vollen Persönlichkeit nicht nur, dass sie in der Lage ist, ihr eigenes Leben nach eigenen Maßstäben und Zielen zu gestalten sowie kohärent und langfristig zu handeln, sondern auch Empathie, Rücksichtnahme und Respekt gegenüber Mitmenschen und vor den Interessenslagen zukünftiger Generationen, auch heute noch nicht lebender menschlicher Individuen; selbst in anthropozentrischer Interpretation.

Das allein ist eigentlich schon hinreichende Bedingung dafür, entsprechend nachhaltig und schonend mit der Umwelt umzugehen. Allerdings gibt es Bereiche, die in dieser Argumentationslinie nicht angemessen erfasst werden können. Dazu gehören etwa der Natur- und eben auch der Tierschutz.

Red: Dann war es bereits im Rückblick ein Manko des Bildungssystems, dass wir überhaupt dort angelangt sind, wo wir jetzt stehen?

Nida-Rümelin: Ja, das meine ich. Das Ziel einer Persönlichkeitsbildung in einem umfassenden Sinne, das das Soziale,

„Das Grundgesetz wurde bis dato anthropozentrisch interpretiert, was übrigens im Konflikt steht zur einfachen Gesetzgebung, etwa zum Tierschutzgesetz (...)“

Ästhetische, Ökologische mit einschließt, existiert seit geraumer Zeit nicht. Es ist im Humanismus und im Neuhumanismus des 19. Jahrhunderts angelegt, hat aber in der Schulrealität lange Zeit praktisch keine Rolle gespielt. Aber es ist schon etwas besser geworden.

Red: Wie gelangt man zu einer Realität, die mit Blick auf Umwelterhaltungsinteressen und sozialem Gleichgewicht von ethisch-moralischen Prämissen geleitet wird?

Nida-Rümelin: Ich bin der Meinung, dass es für den politischen Diskurs durchaus Sinn macht, in diesem anthropozentrischen Rahmen zu bleiben, also alle Argumente so zu entwickeln, dass es um menschliche Interessen, um die Interessen menschlicher Individuen geht. Unsere Argumentationsformen – z. B. im Parlament oder vor Gericht – haben üblicherweise diesen Charakter. Es geht um menschliche Interessen, die mit bestimmten Rechten verknüpft sind. „Ich habe ein Recht auf“ heißt nichts anderes als „das Interesse darf von anderen nicht gestört oder beeinträchtigt werden“. Ich kann durchaus verstehen, dass man versucht, möglichst weitgehend in diesem Rahmen zu bleiben, glaube aber, dass dies gerade im Hinblick auf Bildung und Lebensformung nicht ausreicht. Von ihren Anlagen her bringen Kinder, Jugendliche die Fähigkeit mit, zu erkennen, dass es außer ihrer eigenen Existenz und ihrer eigenen Interessen auch Interessen von Anderen gibt, und zwar nicht nur von Familienmitgliedern, sondern auch ferner Stehenden und von Tieren, von noch nicht Lebenden. Indem wir Kindern zeigen, wie wir mit unseren natürlichen Ressourcen und in der industrialisierten Landwirtschaft mit Millionen von Nutztieren umgehen, was einer humanen Gesellschaft unwürdig ist, töten wir diese Sensibilität systematisch ab.

Es muss sich etwas in der Art und Weise ändern, wie wir Kindern und Jugendlichen lehren, mit nicht-menschlichem Gegenüber umzugehen.

Red: Welche Rolle messen Sie staatlich gesetzten Rahmenbedingungen bei, wenn es darum geht, gesellschaftlich Moral und Ethik (zurück) zu gewinnen? Können Rahmenbedingungen – auch in Gestalt von Ordnungsrecht (mit Sanktionsandrohungen) – Zeichen von gesellschaftlicher Verantwortlichkeit sein und die Funktion moralischer und ethischer Prämissen einer Gesellschaft übernehmen bzw. tragen?

Nida-Rümelin: Der Staat ist nach meinem Verständnis in aller erster Linie Ordnungsmacht. Er setzt die – sanktionsbewehrten – Regeln, nach denen gespielt wird. Und Liberale – zu denen ich mich im weitesten Sinne zähle, wenn auch nicht im parteipolitischen Sinne – tendieren dazu, diese Rolle des Staates zu unterschätzen oder gar auszuklammern, um alles auf Vernunft aufzubauen. Das ist sehr sympathisch, aber genügt schon allein deswegen nicht, weil es Einzelne, und seien es nur eine ganz kleine Minderheit,

motiviert, für sich diese Weichheit des Staates auszunutzen. Damit setzen sie aber einen Prozess in Gang, bei dem andere, die eigentlich bereit wären, sich an diese Regeln zu halten, diese auch nicht einhalten, weil sie erkennen, systematisch dadurch benachteiligt zu sein, dass sie diese Regeln einhalten. Um diesen Prozess erst gar nicht in Gang kommen zu lassen, sind sanktionsbewehrte, vom Staat garantierte Regeln, unverzichtbar. Aber: Es ist nicht der Staat als

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

moralische Instanz, der uns diszipliniert. In einer Demokratie ist der Staat vielmehr Ausdruck des moralischen Bewusstseins, der Sensibilität, der Empathie, der Solidarität und des Gerechtigkeitsempfindens der Bevölkerung. Selbst diejenigen, die grundsätzlich bereit wären, solche Regeln zu befolgen, haben ein Interesse daran, dass diese Regeln zusätzlich strafbewehrt sind, damit der Prozess der Unterhöhnung erst gar nicht in Gang kommt...

Red: ... und, um auf dem Markt bestehen bleiben zu können. Es hat also auch wettbewerbliche Gründe.

Nida-Rümelin: Ja, dieser Zusatz ist ein wichtiger Punkt. Der ist in den letzten 30 Jahren der Dominanz neoliberaler, man sollte eher sagen marktradikaler Ideologie, in Vergessenheit geraten. Märkte regulieren sich nicht selbst. Märkte sind unverzichtbar, aber im Rahmen einer Ordnungsstruktur. Und diese Ordnungsstruktur muss in der Demokratie auch öffentlich diskutiert und verändert werden, letztlich in der Entscheidungsfindung durch das Parlament.

Red: Was wünschen Sie sich vor dem Hintergrund heutiger Umwelterhaltungserfordernisse – Ressourcenschonung, Aufhalten des Klimawandels – von der Politik?

„In der Demokratie ist der Staat (...) Ausdruck des moralischen Bewusstseins (...) und des Gerechtigkeitsempfindens der Bevölkerung“

Nida-Rümelin: Ich glaube, wir kommen um eine kosmopolitische Orientierung in der Politik nicht herum. Ich bin kein Fantast; Ich glaube nicht, dass sich die Nationalstaaten durch eine kosmopolitische Ordnung ersetzen lassen. Das würde ich mir auch gar nicht wünschen. Sie müssen aber ergänzt werden. Wir haben in Europa, das was jetzt in der wissenschaftlichen Literatur als „Muli-Level-Governance“ bezeichnet wird, eine auf kommunalen, regionalen, nationalen und dann EU-weiten Regelungen und Institutionen aufbauende Politik. Das ist sehr komplex und führt zur Politik-

„Nach meinem Begriff von Bildung gehört zur vollen Persönlichkeit (...) auch Empathie, Rücksichtnahme und Respekt gegenüber Mitmenschen und vor den Interessenslagen zukünftiger Generationen (...)“

verflechtung, die für die Demokratie auch ein Problem darstellt: Es gibt keine klaren Akteure mehr. Dennoch glaube ich, dass wir in dieser Linie eine kosmopolitische Ergänzung brauchen. Das zeigen nicht nur die Weltfinanzmärkte, sondern das zeigt auch die Umweltpolitik. Hier brauchen wir Institutionen, anfangs vertragsförmig, wie etwa beim Welthandel. Dort funktionierte es ja interessanter Weise.

Red: ... Aber gerade beim Welthandel sieht man ja, dass die Verhandlungsrunden mit Politikfeldern, die im Zeichen größter Entwicklungsunterschiede stehen, zuletzt immer scheiterten.

Nida-Rümelin: Ich sage ja nicht, dass das gut funktioniert. Aber es funktioniert. Die WTO ist ein völlig einseitiges System, das sich nur in eine Richtung, nämlich zu mehr Liberalisierung, entwickelt. Einen Schritt zurück kann es nicht geben. Schon das ist ein Konstruktionsfehler. Ich bin der Auffassung, dass wir vergleichbare globale Institutionen im Bereich Umwelt, Klima und Tierschutz brauchen. Dann entsteht auch ein stärkeres globales Bewusstsein für die vorhandenen Probleme. So war es auch bei der Weltfinanzkrise und dem IWF als Adressat, auch wenn dieser völlig unzureichend reagiert hat. Einen vergleichbaren Adressaten haben wir im Bereich Klima, Tierschutz und Umweltschutz nicht.

Sehr geehrter Herr Prof. Nida-Rümelin, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte
Dr. Nina Scheer am 14. Juni 2010.



Julian Nida-Rümelin studierte Philosophie, Physik, Mathematik und Politikwissenschaft in München und Tübingen, wurde 1983 in Philosophie bei Wolfgang Stegmüller promoviert und habilitierte sich in München 1989. Er hat einen Lehrstuhl am Seminar für Philosophie der Ludwig-Maximilians-Universität München inne.

In den Jahren 1998 bis 2000 war Nida-Rümelin Kulturreferent der Landeshauptstadt München und in den Jahren 2001 und 2002 als Kulturstaatsminister Mitglied der Bundesregierung.

Nida-Rümelin ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Europäischen Akademie der Wissenschaften, Honorarprofessor an der Humboldt-Universität Berlin und Kuratoriumsvorsitzender des Deutschen Studienpreises. Im September 2008 wurde er zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Philosophie gewählt.

Auszubildende erlernen nachhaltige Kompetenzen am OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen

Im Oberstufenzentrum Bürowirtschaft und Dienstleistungen in Berlin Pankow/Prenzlauer Berg ist das Thema Nachhaltigkeit bereits seit Jahren ein Entwicklungsschwerpunkt.

Seit Gründung der Schule im Jahr 1999 beschäftigen sich sechs Kollegen im Rahmen einer Nachhaltigkeits – AG mit dieser Thematik, um das Primat der Ökonomie in der klassischen kaufmännischen Ausbildung in ein Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem zu bringen. Im Rahmen eines BLK-Modellversuchs wurden eine Reihe von Unterrichtssequenzen und didaktische Konzepte mit Nachhaltigkeitsbezug entwickelt. Dies erfolgte insbesondere im Rahmen unseres Modellunternehmens „Bärio GmbH“, dem praktischen Teil der vollzeitschulischen Berufsausbildung für Bürokaufleute.

Seit Herbst 2009 zielt zudem eine Photovoltaik-Anlage, die mit großem persönlichem und finanziellem Einsatz engagierter Kollegen und der fachkundigen Unterstützung von Hartmut Oswald, dem Geschäftsführer der abs concept GmbH, realisiert wurde.

Aus dieser Zusammenarbeit entstand unsere Schülerfirma „Solar-Systems“, die seit dem Anschluss der Photovoltaik-Anlage an das Stromnetz den Betrieb kaufmännisch begleitet. Ferner entstand die Idee, in Kooperation mit UnternehmensGrün eine Nachhaltigkeitsqualifikation für unsere SchülerInnen anzubieten. Dieses Vorhaben wurde zunächst in zwei Klassen vorgestellt und stieß auf großes Interesse bei unseren Auszubildenden. Zehn TeilnehmerInnen haben daraufhin ihr dreimonatiges obligatorisches Betriebspraktikum in einem Betrieb mit nachhaltigem Profil absolviert. Beispielsweise hat unser Auszubildender Patrick Herrmann im Berliner Veranstaltungsort „Kalkscheune“ maßgeblich an der Entwicklung eines Leitfadens für CO₂-neutrale Veranstaltungen mitgewirkt.

Im Anschluss an das Praktikum fanden für unsere JuniorInnen sehr bereichernde Workshops statt: Dr. Nina Scheer hielt Anfang Januar den Einführungsworkshop und gab einen Überblick über rechtliche Rahmenbedingungen ökologischen Wirtschaftens. Michael Ziegler, Eidos Consult, referierte über „Nachhaltige Bilanzierung“ und Uwe Demele, HTW Berlin, zeigte den JuniorInnen einerseits die Grundla-

gen von „Team- und Kompetenzentwicklung“, andererseits brachte er in einem Doppelworkshop den Auszubildenden „ökologisches Wirtschaften“ näher. Der letzte Workshop „Bilanz – die wichtigste Nebensächlichkeit des Geschäftsbetriebs?“ von Ralf-Ingo Krüger, Pro Nova Consulting, wird Anfang Juli durchgeführt.

Unsere Auszubildenden haben die Qualifikationsmaßnahme sehr positiv bewertet. Im September wird ihnen das entsprechende Zertifikat vor Presse und unserem Kollegium, von Vertretern von UnternehmensGrün und der Berliner Senatsverwaltung überreicht. Wir sind uns sicher, dass unsere TeilnehmerInnen die Bedeutung dieser Zusatzqualifikation in der Schülerschaft multiplizieren und sie im späteren Berufsleben erfolgreich anwenden werden.

Aufgrund der positiven Erfahrungen wird im Januar 2011 die zweite Runde gestartet. Weitere Kooperationspartner sind ganz herzlich willkommen.

Stefan Marien
Schulleiter OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen

Geld ist ein guter Diener, aber ein schlechter Herr



Ingo Scheulen

Geld sei das Schmiermittel der Wirtschaft, heißt es. Seit dem Ende des Tauschhandels ist das wohl so. Das Geld repräsentiert in der Folge einen Gegenwert. Inzwischen hat Geld allerdings einen Eigenwert bekommen.

Seitdem die Leitwährung des US-Dollar nicht mehr mit Gold hinterlegt ist (1973), konnten sich Geld- und Währungsgeschäfte verselbständigen.

Der computergestützte und -gesteuerte Wertpapierhandel hat dies in gigantischem Ausmaß aufgebläht, so dass heute ganze Länder wirtschaftlich abstürzen, und sogar der Euro quasi über Nacht unter solchen Druck geraten ist, dass ein spezieller 750 Mrd. Euro schwerer Rettungsschirm gebastelt wurde.

Heute sprechen wir bereits von PIGS-Staaten (Portugal, Irland – oder auch Italien, Griechenland, Spanien), womit die Kandidaten bezeichnet werden, die als nächste vor einem möglichen Kollaps stehen. Die Ursachen sind eigentlich lange bekannt, wurden aber ebenso lange verschwiegen und verdrängt: Überschuldung, mangelnde Kontrollen, Inkompetenz, Gier, Korruption und soziale Ungerechtigkeit. Nach und nach gehen die Zeitbomben hoch.

Ähnlich, wie beim Klimawandel handeln wir Menschen erst, wenn die Schäden bereits eingetreten sind. Inzwischen schätzen Fachleute die Gesamtsumme der Rettungsmaßnahmen im Finanzsektor (einschließlich der Konjunkturprogramme) auf über 50 Billionen Euro. Eine erstaunliche Leistung! Leider wurde nicht geregelt, wie die Schulden zurückgezahlt werden sollen.

Und: Die Finanzkrise ist nicht vorbei. Weitere Spekulationsblasen bauen sich auf, nicht zuletzt in den Märkten Chinas, Indiens und anderer „Emerging Markets“. Das Dumme ist, dass man die Blasen erst dann erkennt, wenn sie platzen.

Man kann Trübsal blasen oder in panische Hektik verfallen, Beides wäre unvernünftig. Die Krise hat uns ein paar fundamentale Fehler vor Augen geführt. Schaden soll ja angeblich klug machen. Insofern sehen wir tatsächlich Chancen. Diese dürfen wir allerdings nicht verpassen.

Wert-Entwicklung neu definieren

Wenn Anleger und Anlageberater über Wert-Entwicklung reden, müssen andere Werte in den Fokus rücken. Nicht Out-Performance, Sharpe-Ratio oder Jensen-Alpha sind wirkliche Kennzahlen für die Qualität eines Wert-Papiers. Auf den Inhalt, die Substanz kommt es an. Darf es überhaupt noch Produkte, Dienstleistungen geben, die keinen Nutzen für Mensch und Umwelt haben?

Folgende einfache Frage sollte in inzwischen zu dokumentierende Beratungsprotokolle mit aufgenommen werden: „Wie wichtig sind Ihnen ethische, soziale und ökologische Gesichtspunkte bei der Geldanlage?“

Wir alle müssen uns und unser Zusammenleben neu organisieren, wenn wir mit den gewaltigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fertig werden wollen. Die Themen sind bekannt: Klimawandel, globalisierte Wirtschaft, demografische Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Gesundheit, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Alle Akteure in der Finanzwelt (Banken, Versicherer, Fondsmanager, Vorsorge- und Vermögensberater) tragen dabei eine große Verantwortung. Sie müssen in Zukunft entsprechend anders ausgebildet werden.



Grünes Geld ist der Nische entwachsen

Das Neue beginnt im Kleinen. Noch zur Jahrtausendwende besetzte das „Grüne Geld“ nur eine Nische. Inzwischen finden Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung immer mehr Beachtung. Die Zahl der Anlagen mit ökologischem und/oder sozialem Anspruch wächst überproportional. Stiftungen, Pensionsfonds und Vermögensverwalter beginnen, nachhaltig zu denken. Bei Strafe des Untergangs sind Versicherer – vor allem Rückversicherer wie Munich Re, Swiss Re und andere – gezwungen, über den Tag hinaus zu denken.

Geld regiert die Welt, sagt man. Doch wer regiert das Geld? Die belgisch-französische Finanzgruppe Dexia bringt es mit ihrem Motto klar und einfach auf den Punkt: „Money does not perform. People do.“ Wenn mehr Menschen dies beherzigen, sind wir schon ein gutes Stück weiter.

Ingo Scheulen

Vorstand von ökofinanz-21 e.V.
Netzwerk für nachhaltige Vermögensberatung
www.oekofinanz-21.de
Mitglied von UnternehmensGrün

**Beteiligen Sie sich!
Damit das Manifest mit und in Ihrem Namen Politik wird**

UnternehmensGrün – Manifest Der Ausstieg aus dem Ausstieg: Wir sagen Nein!

Die Bundesregierung will den mit der Energiewirtschaft vereinbarten Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig machen und die Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke verlängern.

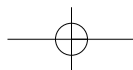
Wir, Unternehmen, Unternehmerinnen und Unternehmer, Selbstständige sowie leitend in der Wirtschaft Tätige, halten diese Absicht für fatal.

- Atomkraftwerke haben ein hohes Restrisiko
- Atomkraftwerke sind kein Garant für niedrige Strompreise
- Atomkraftwerke behindern den Ausbau Erneuerbarer Energien
- Atomkraftwerke gefährden die Investitionssicherheit

Wir fordern die Bundesregierung auf, am Atomausstieg gemäß den Vereinbarungen mit der Atomwirtschaft und dem geltenden Atomausstiegsgesetz festzuhalten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht einseitig die Interessen weniger Stromkonzerne zu bedienen, sondern den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien nach Kräften zu beschleunigen. Dies liegt nicht nur im Interesse künftiger Generationen und des Klimaschutzes, sondern auch im wohlverstandenen ökonomischen Eigeninteresse unseres Landes.

Den vollständigen Aufruf finden Sie unter www.unternehmensgruen.de (Projekte & Initiativen)



Hinweise

Berliner Unternehmerin des Jahres 2010/2011

Bronze für Ulrike Saade

Ulrike Saade, Mitglied von UnternehmensGrün, wurde am 19. Juni 2010 geehrt für erfolgreiche Umsatzentwicklung, innovative Geschäftsidee, soziale Personalpolitik und eine überzeugende Persönlichkeit mit Vorbildcharakter. Die Preistrophäe und die Gratulationen nahmen die Unternehmerinnen auf der Preisverleihung im Rahmen des 5. Berliner Unternehmerintages von Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, und Dr. Frank Schneider, Mitglied des Vorstands der Investitionsbank Berlin, entgegen. www.berliner-unternehmerintag.de
www.berlin.de



Termine

9. Juli 2010

Gründungsveranstaltung – „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“, Stuttgart

11.-12. September 2010

Messe Grünkauf, 2010, Potsdam
www.gruenkauf.de

22. September 2010

Überreichung der Nachhaltigkeitsqualifikationen an die Junioren am OSZ Berlin

11. März 2011

Mitgliederversammlung von UnternehmensGrün, Berlin

12. März 2011

Jahrestagung in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung, Berlin

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte unserer Homepage: www.unternehmensgruen.org



Berlintage

Die diesjährigen Berlintage fanden am 22. und 23. April statt und enthielten durchweg konstruktive Gespräche mit Bundestagsabgeordneten und Regierungsvertretern.

Der Parlamentarischen Staatssekretärin Heinen-Esser konnte vermittelt werden, inwieweit eine Laufzeitverlängerung bzw. der „Ausstieg aus dem Ausstieg“ dem Interesse der Bevölkerung und – im Fokus des Gesprächs stehend – zunehmend tragender Wirtschaftszweige widerspräche.

Mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Thomas Gambke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wurde vor dem Hintergrund zu erlangender Steuergerechtigkeit u.a. eine Mehrwertsteuersatz-Vereinheitlichung diskutiert, mit Britta Haßelmann über die Finanzlage von Kommunen und hieraus zu ziehende politische Schlussfolgerungen bzw. zu entwickelnde Forderungen.

Die Energiepolitik war Thema eines Gesprächs mit MdB Dirk Becker, Berichterstatter der SPD-Fraktion, dessen Fokus auf der Problematik der von der Regierung derzeit verfolgten und – soweit war man sich einig – der Höhe nach nicht vertretbaren Kürzung der Solarvergütungssätze lag (vgl. hierzu die Pressemitteilung vom 7. Februar 2010, „Geplanter Solarkürzung fehlt Augenmaß und Weitblick“, <http://www.unternehmensgruen.org>).

Grüne Lobbyisten

Eine Stimme aus der Mitgliedschaft

Denke ich an Lobbyarbeit in Berlin, dann denke ich an bezahlte Anzugträger aus Reihen der Energie-, Pharma- und Rüstungsindustrie, die mit einem Koffer voll Geld nach Berlin kommen, um dort dem Selbstverständnis ihrer Tätigkeit entsprechend „nachhaltig“ für etwas einzutreten: Für ihre ureigenen wirtschaftlichen Interessen in Gestalt von Subventionen, Steuererleichterung etc. pp.

Dass man sich in der Lobbyarbeit auch nachhaltig für die Nachhaltigkeit einsetzen kann, darüber konnte ich mich bei meiner diesjährigen Teilnahme an den Berlintage überzeugen. Gemeinsam mit unserem UnternehmensGrün Vorstand (an diesen Tagen bestehend aus Gottfried Härle, Andreas Buchner, Klaus Stähle und Ines Wrusch) und unserer Geschäftsführerin Nina Scheer absolvierte ich in eineinhalb Tagen ein strammes Programm an Gesprächen mit Politikern und Stiftungsvorständen. Dabei konnte ich beobachten und miterleben, wie konsequent, fachlich fundiert und durchdacht, menschlich eigenwillig und vielfältig UnternehmensGrün die breite Klaviatur politischer Themen (sei es die Energiepolitik, die Wirtschaftspolitik, die Kommunalpolitik sowie die Haushaltspolitik) bespricht, bewertet, versucht sich einzumischen bzw. Kooperationen einzugehen und Kontakte zu schmieden. Das hat Spaß gemacht und mich beeindruckt.

Mir gefällt die Überparteilichkeit des Verbandes und die Zuversicht, auch bei maßgeblichen Funktionsträgern der Republik gehört zu werden. Es erfüllt mich mit Genugtuung, dass UnternehmensGrün in Berlin definitiv eine Stimme der Wirtschaft ist, und zwar einer ökologisch-sozial verantwortlichen Wirtschaft.

Es ist ermutigend zu sehen, dass es Unternehmer und Selbstständige aus den unterschiedlichsten Branchen gibt, die auf der Basis ihrer Mitgliedschaft bei UnternehmensGrün für Ihre Überzeugungen und Vorstellungen eintreten und versuchen, das politische und wirtschaftliche Handeln im Sinne ihres Idealbildes von einer (umwelt-) gerechten Gesellschaft zu beeinflussen und mit zu gestalten. Da möchte ich dabei sein.

Ferner fand ein Gespräch mit MdB Kerstin Andreae, Wirtschaftspolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen, statt, das sich mit Führungsverantwortung im Unternehmen befasste und dabei die Themen „Frauen in Unternehmensführung“ und „Familienunternehmen“ in das Blickfeld von Karriereleitern nahm.

Im Rahmen des Parlamentarischen Abends wurden mit Dr. Gerhard Schick, Finanzpolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen, Elemente qualitativen Wachstums diskutiert und der Frage nachgegangen, ob und in wiefern es ein Wachstum des Bruttosozialproduktes ohne entsprechend ansteigenden Ressourcenverbrauch geben kann.

UnternehmensGrün-Redaktion

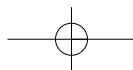


Annett Nack-Warenycia

Darüber darf aber nicht vergessen werden, dass die Berlintage ja nur ein Ausschnitt dessen sind, was UnternehmensGrün als Bundesverband der grünen Wirtschaft tagtäglich für uns tut. Die eigentliche Arbeit unserer Geschäftsstelle liegt ja vor allem in der Projektarbeit, der Öffentlichkeitsarbeit, in Gesprächen und der Kontaktpflege mit Ministerien, Parteien, Verbänden und in der Durchführung von Veranstaltungen, etwa der von UnternehmensGrün initiierten und seither in Kooperation mit EUROSOLAR e.V. und der GLS Bank Berlin veranstalteten Vortragsreihe Umwelt-Wirtschaftsethik (vgl. den Bericht über die sechste Folgeveranstaltung in diesem Heft), um so Stellung zu politischen Entwicklungen zu nehmen, und diese weitestgehend mit zu prägen.

Die in Zeiten des Internets von manch einem in Bezugnahme auf Vereins- bzw. Verbandsmitgliedschaften gestellte Frage, ob sich diese denn eigentlich lohnen, kann für UnternehmensGrün nur mit einem klaren „Ja!“ beantwortet werden: UnternehmensGrün ist ein aktiver und lebendiger Verein, der einen motivierten, engagierten und ehrenamtlichen Vorstand hat und mit Dr. Nina Scheer eine hervorragende politische Geschäftsführerin.

Annett Nack-Warenycia ist Diplom Soziologin und Gesellschafterin der Nack Büroeinrichtungen GmbH (Mitglied bei UnternehmensGrün seit 2005) in Hamburg und hat im April dieses Jahres erstmals die Berlin Tage besucht.



Energiepolitik in Rheinland-Pfalz

Interview mit Margit Conrad, Umweltministerin von Rheinland-Pfalz

Red: Rheinland-Pfalz hat mit dem Ziel, bis 2020 einen 30 % igen Anteil Erneuerbare Energien am Stromverbrauch zu erreichen, im Ländervergleich herausragend ambitionierte Ziele. In welchen Maßnahmen unterscheidet sich Rheinland-Pfalz auf dem Weg zur Umsetzung dieser Ziele von anderen Bundesländern? Welche Möglichkeiten hat ein Bundesland?

Conrad: Eine der wichtigsten strategischen Ansätze war, dass wir konsequent auf den Ausbau – und zwar aller – Erneuerbarer Energien gesetzt haben. Wir haben für die unterschiedlichen Ressourcen, Technologien und Rahmenbedingungen jeweils spezielle Ausbaustrategien entwickelt, um die in Rheinland-Pfalz typischen Potentiale zu entwickeln und natürlich auch, um für Erneuerbare Energien zu werben. Und man kann mittlerweile sagen, im Vergleich zu anderen Bundesländern, etwa im Süden, in der Mittelgebirgsregion stehen wir sehr gut da.

Zudem haben wir eigene Förderprogramme entwickelt, die die Bundesprogramme verstärken und unterstützen. Wir haben Partner gewonnen, die Wirtschaft, vor allem das Handwerk, die Hochschulen und Verbände, die Kommunen, sie sind von strategischer Bedeutung und die kommunalen Unternehmen. Ein weiterer wichtiger Baustein.

Red: Auf welchen Ebenen und in welchen Maßnahmen loten Sie die härtesten energiepolitischen Widerstände aus?

Conrad: Wir werben, kommunizieren und informieren, und zwar auf einer sachlichen Ebene. Insbesondere wegen Informationsdefiziten bestehen Vorbehalte und Sperren im Kopf: Man kann sich einfach nicht vorstellen, dass Erneuerbare Energien tatsächlich zu 100 % unsere Energieversorgung sichern können. Es ist ein Hauptanliegen, ein Bewusstsein für die Leistungsfähigkeit der Erneuerbaren Energien zu fördern, ganz konkret die Technologieentwicklung zu unterstützen. Wir kommunizieren die Vorteile, nennen Beispiele vor Ort und können so Vorbehalte abbauen. Dies ist Teil einer breit angelegten Mitmachkampagne.

Red: Der Bundesrat beschloss am 4. Juni auf Antrag von Rheinland-Pfalz die Anrufung des Vermittlungsausschusses zur Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG). Was gilt es nun im nächsten Schritt zu erreichen?

Conrad: Als Erstes erwarte ich ein echtes Vermittlungsergebnis und dass die Blockade der Koalitionsparteien im Bundestag aufgegeben wird und dass man sich bei dem Ergebnis der Gutachten findet, bei maximal 10 % Reduzierung der Einspeisevergütung.

Red: Sie wenden sich im Rahmen der Novellierung des EEGs u.a. gegen die Abschaffung der Fördervergütung für Ackerflächen-Anlagen. Wie begegnen Sie den Argumenten,



Ackerflächen seien aus dem Blickwinkel des Flächenverbrauchs und etwaiger Nutzungskonkurrenzen keine (förder-)würdigen Flächen?

Conrad: Wir haben immer gesagt, dass es nicht um hochwertige landwirtschaftliche Flächen geht, sondern um Grenzertragsstandorte. Das ist auch kein Flächenverbrauch. Die Fläche bleibt mit Photovoltaik als Grünfläche erhalten und extensive Nutzung ist möglich und fördert den Naturschutz.

Red: Rheinland-Pfalz hat kein Atomkraftwerk in Betrieb, ist allerdings umzingelt von acht Atomkraftwerken. Was bedeutete eine Laufzeitverlängerung für Rheinland-Pfalz?

Conrad: Laufzeitverlängerung bedeutet die Zunahme des Sicherheitsrisikos. Vor allem alte Atomkraftwerke haben eine nachweisbar höhere Störanfälligkeit. Sie müssen, wenn die Erneuerbaren Energien zuwachsen, zunehmend hoch und wieder herunter gefahren werden. Dafür sind sie nicht ausgelegt und dies wird das Sicherheitsrisiko weiter erhöhen. Es gibt keinen Grund für die Versorgungssicherheit – auch nicht im Südwesten – diese Atomkraftwerke weiter laufen zu lassen.

Red: ... und sieht Rheinland-Pfalz in der Laufzeitverlängerung auch ein Hemmnis, Erneuerbare Energien ans Netz zu bringen?

Conrad: Wir sehen sehr wohl, dass eine Laufzeitverlängerung auch eine Bremse sein wird, weil Atomkraftwerke systematisch nicht zu Erneuerbaren Energien passen. Die Systemkompatibilität lässt sich nicht darstellen. Das Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen hat, wie andere Studien auch, deutlich gemacht, dass die Erneuerbaren Energien zwischen den Jahren 2020 und 2040 – je nach Preisentwicklung der konventionellen Energieträger – ökonomisch die bedeutendsten Energieformen sein werden und günstiger als die herkömmliche Stromversorgung.

Red: Rheinland-Pfalz zeichnet sich nicht nur durch eine klare, auf Erneuerbare Energien ausgerichtete Energiepolitik aus,

Margit Conrad

Ärztin, 1987 bis 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages.

1990 bis 1991 Mitglied des saarländischen Landtages. 1991 bis 2001 Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Saarbrücken, davon 1991 bis 1999 Dezernentin für Umwelt, Gesundheit und Recht, von Januar 2000 bis September 2001 Dezernentin für Finanzen, Beteiligungen, Gesundheit und Recht.

Am 20. September 2001 zur Staatsministerin für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz ernannt, seit 18. Mai 2006 Staatsministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz.

Ziel der Landesregierung ist es, bis 2020 den Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 30 Prozent auszubauen. Ihr Anteil im Wärmemarkt soll bezogen auf 2005 bis 2020 verdreifacht werden. Bis 2020 soll der KWK-Anteil auf „30 Prozent-Plus“ erhöht werden, vgl. die „Rheinland-pfälzische KWK-Initiative“.

Bereits 2007 hat Rheinland-Pfalz die Energiesparkampagne "UnserEner macht mit – Unsere beste Energie ist gesparte Energie" aufgelegt; sie wird unterstützt von einem Partnernetzwerk aus über 27 Partnern. Die Kampagne steht für die Beratung in der Fläche und informiert über Technologien und Fördermöglichkeiten.

sondern auch dadurch, das Aufgabenspektrum auf Projektförderung auszudehnen. Wie entwickelt sich diesbezüglich die Akzeptanz in der Bevölkerung?

Conrad: Nach einer forsa-Studie stehen ca. 80 % der Bevölkerung hinter dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das liegt daran, dass wir die Erneuerbaren Energien in Projekten und Konzepten in Kommunen fördern. Z.B. mit dem Ziel, 100 % regenerative Gemeinde zu werden oder CO₂-neutrale Region: Das mobilisiert positive Energien und Emotionen zugunsten der Erneuerbaren Energien und zwar dezentral und flächendeckend. Ein wesentlicher Faktor ist dabei, das Thema auf die örtliche Ebene zu holen. Denn es sind ja die Energien der Regionen; es sind die heimischen Ressourcen. Sie schaffen vor Ort Arbeitsplätze, und die Regionen und Gemeinden profitieren davon.

Red: ... und entsprechend verhält sich auch die Bevölkerung?

Conrad: Die Bevölkerung steht hinter der Ausbaustrategie für Erneuerbare Energien. Das zeigt ja auch die forsa-Studie.

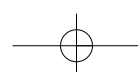
Red: Welche energiepolitischen Ziele und Maßnahmen erwarten Sie und wünschen Sie sich auf Bundesebene?

Conrad: Ich wünsche mir, dass die energiepolitische Diskussion wieder von der Zukunft bestimmt wird, auf die Zukunft ausgerichtet wird und nicht - wie jetzt - auf die Vergangenheit. Wir haben (auf der Bundesebene) eine rückwärtsgerichtete Diskussion, die von der Laufzeitverlängerung der AKWs bis zu den Kürzungen bei Marktanreizprogrammen, der KWK-Förderung und auch der Solarförderung reicht. Es gibt einen eindeutigen Vorrang für Atomenergie – dies wird entgegen anders lautender Bezeugungen immer deutlicher, und die Dynamik der Erneuerbaren Energien wird gebremst. Das kann so nicht bleiben. Dies wird Deutschland technologiepolitisch zurückwerfen und sowohl jetzt als auch erst recht in Zukunft Arbeitsplätze und Technologieführerschaft kosten und dies in einem der wichtigsten Zukunfts- und Exportmärkte.

Sehr geehrte Frau Conrad, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Dr. Nina Scheer am 10. Juni 2010

„Wir sehen sehr wohl, dass eine Laufzeitverlängerung auch eine Bremse sein wird, weil Atomkraftwerke systematisch nicht zu Erneuerbaren Energien passen.“



Umwelt-Wirtschaftsethik

Die sechste Veranstaltung der Vortragsreihe



Die Vortragsreihe bietet ein Forum zur Auseinandersetzung mit wirtschaftsethisch begründeten Fragestellungen vor dem Hintergrund von Umwelterhaltungsinteressen. Es wird dabei das Ziel verfolgt, die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Prämissen und Umweltverantwortlichkeiten aufzuzeigen und diese als ethischen Anspruch zu formulieren. Der 20. Juni 2010 war der Kommunal- und Regionalwirtschaft gewidmet.

Die sechste Veranstaltung der Vortragsreihe Umwelt-Wirtschaftsethik, die UnternehmensGrün am Sonntag, den 20. Juni in Kooperation mit EUROSOLAR und der GLS Bank Berlin in deren Räumlichkeiten in der Schumannstr. 10 in Berlin Mitte veranstaltete, widmete sich den Themen Kommunal- und Regionalwirtschaft.

In ihrer Einführung wies Nina Kressin, GLS Bank Berlin, auf den Bezug der Bank zur regionalwirtschaftlichen Thematik in Erwähnung des GLS Bio-Bodenfonds Schorfheide hin, der Flächen in der Uckermark erwirbt, um sie langfristig an die dort ökologisch wirtschaftenden Bauern mit einer Laufzeit von 18 Jahren zu verpachten. Der Fonds vermag die Flächen der Bodenspekulation zu entziehen, der anderweitig an Großinvestoren und konventionelle Bewirtschaftung verloren zu gehen droht.

Nina Scheer, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, erläuterte in ihrer Einführung den Hergang und die bisherigen Schwerpunktthemen der Veranstaltungsreihe (vgl. hierzu die unter www.unternehmensgruen.org nachzulesenden Berichte). In Bezugnahme auf die aktuell gewählten Themen, könne in deren Kombination der Frage nachgegangen werden, in welchen Bereichen Kommunalwirtschaft einen regionalwirtschaftlichen Bezug aufweise.

Diesen Blickwinkel konkretisierte Irm Pontenagel, Geschäftsführerin von EUROSOLAR. Die Umsetzung ethischer Prämissen bedeute Verantwortung zu übernehmen. Hierbei liege ein zentraler Bereich in der Energiegewinnung und –nutzung Erneuerbarer Energien. Insoweit dürfe der Verbraucher nicht länger „gefangener Kunde“ sein, der sich mit dem „Strom aus der Steckdose“ zufrieden gebe. Es ginge um eine bessere Teilhabe am Energiesystem, das in seiner auf konventionelle Energieträger ausgerichteten Struktur bislang versagt habe, indem es die Umweltfrage und die Frage der Endlichkeit der Ressourcen nicht beantworten könne. Als Alternative gäbe es nur die Erneuerbaren Energien, deren Nutzung es individuell und in ihrer von der Sonne dezentral angeboten Form im Sinne einer Verantwortungsübernahme mitzugestalten gelte. Dies ginge sowohl im privaten Bereich, als auch genossenschaftlich, über Betreibergemeinschaften und über die Unterstützung von Stadtwerken.



oben und rechts: Dr. Peter Becker

Den energiewirtschaftlichen Fokus wählte auch Peter Becker, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Mitbegründer der Kanzlei Becker Büttner Held, mit seinem Vortrag „Kommunalwirtschaft und gesellschaftliche Verantwortung“. Er skizzierte die deutsche energiewirtschaftliche Historie, begonnen mit der Elektrifizierung Berlins (1885), wie sie durch den Glühbirnen-Hersteller Emil Rathenau unter Nutzung einer von Edison erteilten Lizenz sowie den Einsatz von Gleichstrom-Dynamos, entwickelt von Werner – später von – Siemens, ermöglicht wurde.

Mit einem aufgeschlossenen Bürgermeister erhielt Rathenau in Berlin die Erlaubnis, Straßen und Wege zu benutzen. So entstand 1885 der erste Konzessionsvertrag über Stromversorgung, der ein Rückgrat der kommunalen Wirtschaft wurde. Becker veranschaulichte dabei die revolu-

tionäre Entwicklung, indem er sie aus der Perspektive einer Vielzahl von Bürgermeistern beleuchtete, die nach ihren Berlin-Besuchen jene Entwicklung des „Stadtlichts“ in ihre Kommunen brachten. Die Tageszeitungen titelten damals: ‚Der Bürgermeister bringt das Licht‘. Dies verdeutliche, so Becker, dass Infrastruktur und Politik unmittelbar zusammenhängen. Das Grundbedürfnis, Strom und Wasser, im Zusammenhang mit der infrastrukturellen städtischen Aufgabe, habe damals für diese Bereiche die Daseinsvorsorge, mithin Kommunalverantwortung, entstehen lassen und dem heutigen Art. 28 Grundgesetz den Weg bereitet.



Becker skizzierte auch die Entwicklung von RWE als gemischt-wirtschaftliches Unternehmen. Mit dem Eintritt des Unternehmers Stinnes in den Aufsichtsrat bekam RWE eine verstärkt großindustrielle Ausrichtung. Zunehmend wurde Strom in wenigen großen statt vielen kleinen Dynamos günstig erzeugt. Mehr und mehr Gemeinden schlossen sich an. Für den hiermit einhergehenden Netzausbau ließ sich RWE als Gegenleistung auf 50 Jahre ausgehandelte Wege-rechte bewilligen. So wurde RWE das mächtigste Elektrizitätsunternehmen Deutschlands. Stinnes verstand allerdings, die Bürgermeister in Form einer Kapitalbeteiligung an RWE um 50 % plus eine Aktie einzubinden.

Unter der Nazi-Diktatur sollte die Preisgestaltung, die bis dato bei den Kommunen lag, unter die Aufsicht des Staates fallen. So ermöglichte man eine günstige Versorgung und industrielle Produktion, auch mit Blick auf Kriegsvorbereitungen. Kommunen durften, soweit sie bisher keine Konzessionsabgaben erhoben hatten, solche bis weit in die BRD hinein nicht erheben. Erst das BVerwG befand dies im Zuge einer Klage der Gemeinde bzw. Stadtwerke Biedenkopf als mit dem verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz unvereinbar.



v. l. n. r.: Nina Kressin, Dr. Nina Scheer, Irm Pontenagel

Nach dem ersten Weltkrieg schufen die einzelnen Territorialstaaten Landesunternehmen: Es entstanden u.a. PreussenElektra, die Energie-Versorgung Schwaben, das Badenwerk und die Prevag. Konnte der Staat auf dieser Basis rechtsstaatliche Zwänge und Verbraucherschutz installieren? Nein, denn der Staat wollte keine Regelungen gegen sich in seiner Rolle als Unternehmer schaffen, zumal es sich um Monopole handelte und es kein Kartellgesetz gab.

Mit der grundgesetzlichen Absicherung der Kommunalwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg stand die Gemeinwohlorientierung im Vordergrund. Die Gemeindepolitik sollte zudem Einfluss auf den Bereich des kommunalen Lebens haben. Ohne eigene Rechtspersönlichkeit ausgestattet, war der kommunale Eigenbetrieb als eine Art Amt der Verwaltung bis in die 60er und 70er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts das vorherrschende Konstrukt kommunaler Unternehmen. Vor dem Hintergrund von Verantwortungsübernahme ist für Becker dabei von besonderer Bedeutung der unmittelbare Einfluss der Demokratie auf die gemeindliche Infrastruktur in Form einer kommunalen Versorgung. Nichts desto trotz erzeugen die Stromkonzerne in Deutschland – fast – nach wie vor über 80 % des Stroms.

Mit den Konzernen als Handhaber einer großindustriellen Stromerzeugung war auch der Betrieb von Atomkraftwerken nahe liegend. Die Stromkonzerne kamen allerdings zunächst zu dem Ergebnis, dass die Atomverstromung fünf bis sechs Mal teurer sei als die Braunkohleverstromung, der billigsten konventionellen Verstromungsart. Mit dem RWE-Vorstandsmittelglied Mandel und dessen Beobachtung der US-amerikanischen Einführung von Atomkraftwerken, die von den Betreibern – unter Preis – zu 100 Mio. Dollar je „schlüssel-fertigem“ AKW angeboten wurden, wuchs auch hierzulande die Anzahl der Fürsprecher. Entscheidend, so Becker, seien allerdings die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki gewesen. Der Umstand, dass die „guten Gewinner“ des Krieges zu gleicher Zeit ein solches Kriegsverbrechen begingen, war für die gesellschaftspolitische Verantwortung ein GAU. Die friedliche Nutzung der Atomenergie war vor diesem Hintergrund ein Segen, womit man das Leid, das die kriegerische Nutzung der Atomenergie über die Menschheit gebracht hatte, verdrängen konnte. Auf dieser Grundlage entstand in der Bundesrepublik mit dem Atomgesetz ein Fördergesetz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie. Der Staat schulterte zudem in großem Umfang Lasten, um die Atomverstromung zu installieren: er leistete immense Subventionen und Forschungs-Förderungen und übernahm die Risiken, zu Lasten der Allgemeinheit.

Dass dies eine staatliche Entscheidung war, müsste – so der Appell Beckers – im Zuge der heute geführten Diskussion um Laufzeitverlängerungen in Erinnerung gerufen werden. Der Staat hatte sich um diese Frage gekümmert; die Konzerne wussten genau, dass es kein Endlager gab. Insofern werde die Diskussion heute auch unredlich geführt, da gerade die Frage der Verantwortungsübernahme und Lastenverteilung nicht gestellt werde.



v. l. n. r.: Jacqueline Roussety, Andreas Hoppe

Mit der wachsenden Notwendigkeit, im energiewirtschaftlichen Kontext Umwelterstörung zu vermeiden, wuchs das Interesse an Erneuerbaren Energien und die Erkenntnis, dass es einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage bedurfte. Der Erfolg des Stromeinspeisungsgesetzes (1990) und des EEG (2000) sei auch dem Umstand geschuldet, dass es sich um zügig verabschiedete Parlamentsgesetze handelte, so dass Einflussnahmen auf das Gesetzgebungsverfahren von Seiten der Stromkonzerne verhindert werden konnten.

Der „Clou dieser Form der Energieerzeugung liegt darin“, so Becker, „dass mit der Erzeugung und Verstromung von Erneuerbaren die Machtkanäle der konventionellen Energiewirtschaft einfach ausgehebelt werden“. Dies hätten die Konzerne natürlich erkannt und versuchten u.a. durch eine Vielzahl von Gutachten, Prozessen und Einflussnahmen auf den Gesetzgeber das Vorwärtsschreiten der Erneuerbaren Energien zu verzögern.

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Verantwortung resümierte Becker vor dem Hintergrund der geschilderten Historie, dass ein Geschäftsführer, der vor der Frage stehe, wie er sein Stadtwerk gut aufstelle, überprüfen müsse, wie er die Erneuerbaren in sein Erzeugungs- und damit auch Versorgungs-Portfolio bekomme. Hierbei müsse er Standhaftigkeit und Durchsetzungsfähigkeit beweisen, woran die gesellschaftliche Verantwortung besonders deutlich werde. Denn es ginge an dieser Stelle nicht nur um die punktuelle Nutzung einer Technologie, sondern um einen gesellschaftlichen

Machtkampf, der allerdings im Sinne einer fortschreitenden Einführung Erneuerbarer Energien nicht aufzuhalten sei, gestützt durch den Aspekt der Dezentralität, die Triebkräfte der Erneuerbaren-Energien-Industrie und das Klima. Heute könnten Stadtwerke auf 100 % Erneuerbare Energien umstellen, wie etwa am Beispiel Wolfhagen zu sehen sei, die dies bereits bis 2013 erreichen wollen. Hier entstünden demokratische Prozesse und Verantwortungsübernahme, wie sie sich in der täglichen Auseinandersetzung darstellen lässt. Man brauche eben nur Argumente und Mut.

An die energiewirtschaftlichen Themen anknüpfend, wie sie insbesondere den Netzzugang Erneuerbarer Energien betreffen, entstand eine lebhaft Diskussionsrunde mit den ca. 50 Teilnehmern der Matinee-Veranstaltung.

Nach einer Pause, in der regionale Bio-Getränke des Lebensmittelhändlers Peter Masloch, Lebenswert, und ein Bio-Imbiss das Buffet stellten, folgte eine Lesung durch die Autoren Andreas Hoppe und Jacqueline Roussety aus ihrem Buch „Allein unter Gurken – Mein abenteuerlicher Versuch, mich regional zu ernähren“. Das Buch, das die Perspektive von Andreas Hoppe, bekannt als Tatort-Kommissar, wählt, veranschaulicht, vor welche Herausforderungen sich ein Verbraucher bei dem Versuch gestellt sieht, regionale Lebensmittelprodukte zu erlangen. Die Lesung beginnt mit eben der Passage des Buches, die für Andreas Hoppe den Wendepunkt brachte in dem Bewusstsein darüber, welche Anforderungen er an Lebensmittel für sich zukünftig stellen wollte: Im Rahmen von Dreharbeiten, die ihn 14 Stunden inmitten eines Müllhaufens stehen ließen, wurde ihm deutlich, dass der Verpackungsmüll und die Verschickung von Nahrung rund um den Globus nicht die Effekte seien, die er sich von einer globalisierten Welt wünsche. Mit viel Witz und Humor zeigt Jacqueline Roussety die innerliche Zerreißprobe auf, der sich Andreas Hoppe in seinem Bestreben, durch seine Ernährung an diesen Prozessen nicht länger bzw. mehr als unvermeidbar teilzuhaben, ausgesetzt sieht. Sie stellt mit Einfühlungsvermögen die Selbstironie dar, in der Andreas Hoppe seine menschlichen Schwächen schultert, etwa dem – „von wegen Ökologie und so“ – stets wachen Appetit auf Currywurst.

Der in dem Buch verarbeitete „Versuch“ gelingt: auch in der Hinsicht, den Leser zu erreichen, als Verbraucher frohen Mutes (mehr) Bewusstsein über Ernährung zu entwickeln. Sei es durch ein eigenes Gemüsebeet, Balkontomaten oder entsprechendes Einkaufsverhalten.

Dr. Nina Scheer
Geschäftsführerin UnternehmensGrün





Klimaschutz mit Rendite

Die Nutzung erneuerbarer Energien ist wirtschaftlich und zuverlässig. Die Technologie ist ausgereift und die Prozesse basieren auf langjährigen Erfahrungen. Eine Investition in unsere Anlagen liefert Ihnen sichere Renditen und macht Sie unabhängig. Das lohnt sich für Unternehmen, Privatpersonen und besonders für Kommunen. Beginnen Sie jetzt eine saubere Zukunft. Wir liefern alles aus einer Hand. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir erneuerbare Energien wirtschaftlich und zuverlässig durchsetzen.

www.juwi.de



Mitgliedsantrag / Bestellschein
 An:
 UnternehmensGrün e.V.
 Bundesverband der grünen Wirtschaft
 Wielandstraße 17, 10629 Berlin, per Fax an 030-325 99 682
www.unternehmensgruen.de

Unternehmen _____

Vorname _____ Nachname _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Tel/Fax _____

E-Mail-Adresse _____

Ich interessiere mich für UnternehmensGrün und bitte um **weitere Informationen**.
 Ich abonniere den **kostenlosen UnternehmensGrün-Newsletter**.
(erscheint alle 4 Wochen, Abmeldung jederzeit möglich)
 Ich abonniere das **UnternehmensGrün Journal**. (unbefristet, erscheint halbjährlich, 25,00 € incl. Versand pro Jahr, fällig nach Erhalt der ersten Ausgabe, Abbestellung acht Wochen vor Jahresende)
 Ich unterstütze UnternehmensGrün durch eine Spende in Höhe von € (Spendenbescheinigung erhältlich)

⇒ **Ich möchte UnternehmensGrün-Mitglied werden!**

Wir werden als **Unternehmen** Mitglied
 Ich werde als **Einzelperson** Mitglied
 Ich werde **Fördermitglied*** * Fördermitglieder können Privatpersonen werden, die nicht zugleich Unternehmer bzw. Selbständige oder leitend in der Wirtschaft Tätige sind.

Ich entscheide mich für den jährlichen

Regelbeitrag von 650,00 € reduzierten Beitrag von 325,00 €
 Fördermitgliedsbeitrag von mind. 120,00 €

Datum und Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige UnternehmensGrün, bis auf Widerruf die fälligen Beträge von meinem Konto abzubuchen.

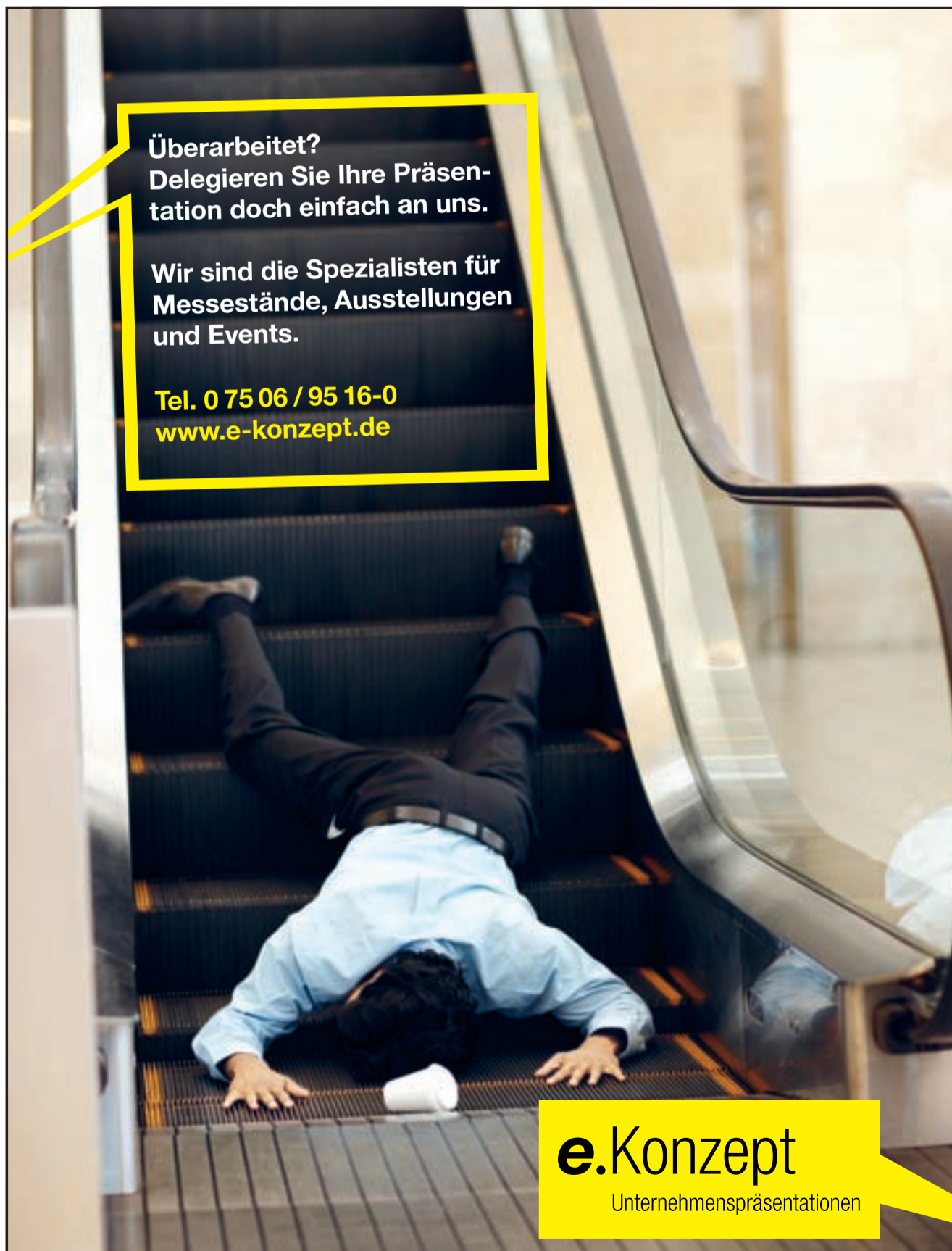
Bitte buchen Sie **jährlich** ab. Bitte buchen Sie **monatlich** ab.

Konto-Nr. _____ BLZ _____

Geldinstitut _____

Kontoinhaber/in _____

Datum und Unterschrift Kontoinhaber/in _____



**Überarbeitet?
 Delegieren Sie Ihre Präsentation doch einfach an uns.**

**Wir sind die Spezialisten für
 Messestände, Ausstellungen
 und Events.**

**Tel. 0 75 06 / 95 16-0
www.e-konzept.de**

e.Konzept
 Unternehmenspräsentationen